

des Werkes und die gesamte Belegschaft vor die vollendete Tatsache. Unsere gesamte Belegschaft ist daran interessiert, die Selbstkosten zu senken und die Rentabilität zu erhöhen. Das kam auf der Ökonomischen Konferenz klar zum Ausdruck. Aber sie ist nicht damit einverstanden, daß ihre verantwortliche Mitarbeit ausgeschaltet wird.

Es wäre auch bei der komplizierten Situation, die mit der Erfüllung des Kohle- und Energieprogramms entstand, notwendig gewesen, der Belegschaft durch Vertreter der Hauptverwaltung bzw. des Ministeriums zu helfen. Sehr gut hätten sie dazu beitragen können, den sozialistischen Wettbewerb zu organisieren. Statt dessen gab es in letzter Zeit eine große Anzahl von Kommissionen, die im Auftrage der Hauptverwaltung bei uns arbeiteten, ohne unmittelbar der Planerfüllung zu dienen. Im Vordergrund stand die Lösung technisch-organisatorischer Fragen, wobei das gründliche Studium der Lage des Werkes zu kurz kam. Einschätzungen und Entscheidungen stützten sich auf Analysen, die von den einzelnen Abteilungen des Werkes ausgearbeitet werden mußten. Ihre Entscheidungen sind folglich nicht genügend fundiert.

Die Folge eines solchen Arbeitsstils ist, daß ein Teil dieser Kommissionen nur Feststellungen trifft, wie das in einem ihrer Protokolle zum Ausdruck kommt. Dort heißt es: „Die Kommission konzentriert sich auf die Feststellung des Ist-Zustandes, die Veränderung ist Aufgabe einer anderen Kommission.“ Was das bedeutet, hegt klar auf der Hand. Es werden viele Mitarbeiter „beschäftigt“, lange Analysen geschrieben, und zum Schluß sind wir alle mit dem Ergebnis nicht zufrieden.

Unter Änderung der Arbeitsweise verstehen wir vor allen Dingen, daß der direkte Kontakt mit den Werktätigen verstärkt wird, und zwar vor allem in den Schwerpunkten der Produktion. Bis jetzt beschränkt sich das Auftreten verantwortlicher Funktionäre der Hauptverwaltung und des Ministeriums auf das Erscheinen bei repräsentativen Konferenzen. Nicht das ist das Wichtigste, sondern ihr entscheidender Einfluß auf die Erfüllung der Pläne. Wir halten es ohne weiteres für möglich, daß mindestens einmal im Monat ern Mitarbeiter der Hauptverwaltung bzw. des Ministeriums direkt in unseren Produktionsbereichen auf Fragen der Belegschaft Antwort gibt und als praktischer Organisator der Produktion wirkt. Das haben wir bei der Plandiskussion vermißt, und das muß sich besonders jetzt bei der Aufstellung des Planes der technisch-organisatorischen Maßnahmen für 1958 ändern. Selbstverständlich erwarten wir vor allem von den neuzubildenden WB eine solche operative Arbeit.

Die bessere Arbeitsweise der Genossen Staatsfunktionäre setzt auf jeden Fall eine gründliche Kenntnis über die politische Situation in den Betrieben und einen engen Kontakt mit den gesellschaftlichen Organisationen, besonders der Partei, voraus. Darum ist es die Aufgabe der Parteiorganisationen der Betriebe und der übergeordneten staatlichen Organe, darauf einzuwirken, daß entscheidende Fragen, die die Betriebe betreffen, gemeinsam erörtert und mit der Kraft der Betriebsparteiorganisationen gelöst werden. Wir vermissen bei Zusammenkünften des Parteiaktivs oder der Vertrauensmänner der Gewerkschaft noch bis heute die Teilnahme von Genossen der Hauptverwaltung bzw. des Ministeriums. Uns ist klar, daß das nicht in jedem Fall geschehen kann, aber bei Beratungen, die für die weitere Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgaben von entscheidender Bedeutung sind, ist die Teilnahme erforderlich.